

# „Nazis raus! Haut ab!“? – Zum systemischen Umgang mit Menschen und Rechten

Johannes Herwig-Lempp

## Zusammenfassung

*Das Anwachsen der rechten Bewegungen in Deutschland von AfD über Pegida bis Neonazis erleben wir als Bedrohung. Allerdings scheinen uns als Gesellschaft geeignete Gegenstrategien zu fehlen – viel mehr als die Ausgrenzung und Abwertung fällt uns nicht ein. Als SystemikerInnen und als BürgerInnen dieser Gesellschaft könnten wir aus sachlichen Gründen vorschlagen, „die Rechten“ nicht auszugrenzen, sondern sie im Gegenteil als Menschen wahr- und ernstzunehmen. Es spricht viel dafür, mit ihnen in einen von uns ernstgemeinten Dialog zu treten – so paradox das zunächst klingen mag.*

Wie vermutlich viele von uns, finde ich es beängstigend, wie „die Rechten“ in unserer Gesellschaft immer stärker werden – und immer noch mehr Einfluss bekommen könnten. Wir haben das Anliegen, die Ausbreitung und Vermehrung der Menschen mit rechtsextremen Überzeugungen zu verhindern oder doch zu verringern. Allerdings vermute ich, dass wir als Gesellschaft und als Einzelne in der Art und Weise, wie wir mit „den Rechten“ umgehen – indem wir sie abwerten und auszuschließen versuchen – tatsächlich das Gegenteil von dem bewirken, was wir eigentlich erreichen wollen. Wenn wir das Ausbreiten dieser Bewegungen verhindern oder begrenzen wollen, könnten wir uns an das erinnern, was wir als SystemikerInnen wissen und auf das vertrauen, was wir an Grundannahmen, Menschenbildern, Haltungen, Theorien und Methoden zur Verfügung haben und in unserem beruflichen Alltag verwenden. Als ExpertInnen für den Umgang mit Menschen und mit unserem Fachwissen sollten wir uns in den *gesellschaftlichen* Diskurs einbringen und aktiv einmischen.

Es geht nicht darum, „die Rechten“ zu beraten oder gar zu therapieren. Auch sollen tatsächliche Straftaten nicht verharmlost oder banalisiert werden – selbstverständlich müssen sie, wie gesetzlich vorgesehen, verfolgt und geahndet werden. Allerdings ist nicht alles, was uns nicht gefällt, auch verboten.

Im Zentrum dieses Textes steht die Idee, dass wir „die Rechten“ als Menschen wahr- und ernstnehmen und in einen von

uns ernstgemeinten Dialog treten sollten, um uns der Ausbreitung der von ihnen vertretenen rechten und rechtsextremen Ideen wirksam entgegenzusetzen. Auch wenn das zunächst paradox klingen mag. Ich möchte eine „konstruktivistische Klausel“ voranschicken: Dies hier ist nur ein Vorschlag, eine etwas andere, ungewohnte Perspektive. Es geht für mich nicht darum, ob sie „richtig“ oder „falsch“ ist. Ich glaube nicht, dass ich unbedingt „Recht habe“ mit meinem Vorschlag, anders auf die rechten Entwicklungen zu reagieren, als wir es bisher als Gesellschaft und als Einzelne tun – auch wenn ich davon relativ überzeugt bin. Er soll nicht „wahr“ sein und muss nicht für alle gelten – aber er existiert als eine mögliche Perspektive. Und ich würde mich freuen, wenn er zumindest diskutiert würde.

## 1. „Die“ und „wir“

Mittlerweile sind wir schon ganz vertraut mit einer grundsätzlichen Zweiteilung unserer Gesellschaft – „wir“ und „die“ (wobei wir auch durchaus manchmal weiter differenzieren, natürlich, aber die Grundunterscheidung ist uns doch auch vertraut) – die DemokratInnen, die wir unsere rechtsstaatliche, auf Menschenrechte gegründete Grundordnung vertreten, und diejenigen, die außerhalb davon stehen, die sich nicht daran halten oder halten wollen.

„Die“ – das sind „die Rechten“, die ich hier zusammenfasse – nicht weil sie alle gleich sind, sondern weil unsere Haltung



ihnen gegenüber weitgehend gleich ist: Pegida und ähnliche Bewegungen, AfD-PolitikerInnen und WählerInnen, rechtsradikale Jugendliche, Neonazis. Sie haben Angst vor AusländerInnen und vor Veränderungen, fühlen sich in dieser Gesellschaft ausgegrenzt, nicht beachtet und nicht einbezogen von Politik und von den Medien (der „Lügenpresse“), haben Vorstellungen davon, wie unser Land und unsere Politik gestaltet werden soll, bei denen es „uns“ anderen graust und die wir für menschenfeindlich und menschenverachtend halten.

„Wir“ sind diejenigen, die ich hier zusammenfasse, weil wir „die Rechten“ gerne verhindern wollen (Parteien von der CSU bis zur Linken, Intellektuelle und Bürgerliche, AkademikerInnen), die angesichts des Anwachsens von Pegida und AfD besorgt sind und mittlerweile manchmal unverhohlenen Angst bekommen vor dieser neuen, immer stärkeren Bewegung: Wir verstehen uns als „DemokratInnen“, wir sind gebildet und welterfahren, offen für Vielfalt, und wir sind vor allem dafür, unterschiedliche Lebensformen zu leben. Wir sehen uns als überzeugte Vertreter der Menschenrechte und Verfechter einer demokratischen Gesellschaft.

## 2. Die gegenwärtige Strategie: Exklusion

Am liebsten wäre es uns, es gäbe keine „Rechten“. Und wenn sie schon da sind, sollten sie schnellstens wieder verschwinden. Wir wollen sie „weg“ haben bzw. „raus“, aber im Grunde könnten wir wissen, dass das als Ziel absurd ist, dass es Wunschenken ist und nicht wirklich erreichbar. Allerdings entwickeln wir auch kein alternatives Ziel und wissen nicht, was wir stattdessen wollen könnten. Wir würden „sie“ gerne anders haben, aber wir versuchen nicht, sie zu ändern, auf sie Einfluss zu nehmen. Denn wir nehmen an, sie seien gar nicht ansprechbar, sie können und wollen sich

in Bezug auf ihre politischen Ansichten gar nicht ändern (das macht uns „denen“ wiederum sehr ähnlich, d.h. sie sind in diesem Punkt so ähnlich wie wir, denn auch wir würden uns dem Versuch anderer, unsere Meinung zu ändern, vehement widersetzen).

Und so halten wir fest an unserer gesellschaftlich akzeptierten Strategie der Exklusion, dem Versuch der Ausgrenzung, Abwertung, Ablehnung, Verunglimpfung, des Verächtlich- und Lächerlich-Machens, des Ignorierens und Beschimpfens. Nicht immer alles auf einmal, aber doch sind uns alle diese Formen der „Auseinandersetzung“ vertraut – und meist akzeptieren wir sie eher widerspruchslos. Weil wir sie im Grunde richtig finden.

„Wir“ bezeichnen „die“ als „Mob, Pack, Dumpfbacken“, zeigen ihnen den Stinkefinger, nennen ihre Leitfiguren „politische Rattenfänger“, wir wünschen sie fort und finden, sie gehören nicht zu Deutschland oder sollten nicht dazu gehören. Wir grenzen sie aus, rufen kollektiv „Nazis raus!“ und „Haut ab!“, wollen „nazi-freie Städte“.

Wir finden es richtig, dass die etablierten Parteien sich weigern, mit den gewählten Volksvertretern zu kooperieren, ihnen auch nur die Hand zu geben oder mit ihnen in irgendeiner Form zusammenzuarbeiten. Wir empören uns nicht nur nicht darüber, dass PolitikerInnen sich weigern, mit den demokratisch gewählten Vertretern einer immer größer werdenden Gruppe unserer Gesellschaft zu reden und sie dadurch ausgrenzen – wir finden es sogar richtig und angemessen.

Wir finden, die Angst der Rechten vor Fremden ist unberechtigt und sogar absurd. Wir finden, diese Menschen sind dumm und machen uns – wenn wir nicht gerade Angst vor ihnen haben – über sie lustig, ihre geistige Beschränktheit, ihre Unfähigkeit, klar zu denken, ihre Bildungsferne, ihre kläglichen Versuche sich auszudrücken und über die Frechheit, dass sie sich mit ihren Ansichten zu Wort melden wollen.

Unsere, d.h. die gesellschaftlich akzeptierte Form der Reaktion auf die rechten Bewegungen ist unwidersprochen die der Exklusion bzw. der Wunsch danach: Wir wollen sie ausschließen aus unserer Gesellschaft, was uns allerdings einfach nicht gelingen will. Ganz abgesehen davon, dass es nichts hilft, „dem Rechtsextremismus entschlossen entgegenzutreten“ zu wollen. Im Gegenteil, diese Bewegungen werden immer größer und bekommen sogar Zulauf – möglicherweise auch als Reaktion auf das Verhalten der „Mehrheitsgesellschaft“, von Politik und Medien. Immer mehr trauen sich, nicht nur AfD zu wählen, sondern zeigen dies auch ganz offen.

## 3. Wir könnten es eigentlich besser wissen

Mich beunruhigt diese Entwicklung. Und gerade deswegen finde ich, dass wir genau so eben nicht mit „denen“ umgehen sollten. Wir sollten vielmehr einen vollkommen anderen Umgang mit Rechten entwickeln – der freundlicher, offener, entgegenkommender, menschenfreundlicher, ich könnte auch sagen: „liebevoller“ sein könnte.

Und das aus zwei Gründen: Zum einen, weil dies unserem Anspruch an eine offene, diverse, vielfältige Gesellschaft und unserer Forderung der Einhaltung der Menschenrechte entsprechen würde. Und zum anderen, weil wir als moderne, gebildete Menschen der Gegenwart im Grunde wissen, dass Menschen sich nicht dadurch ändern, dass man sie diskriminiert. Und schließlich, weil wir als Profis im psychosozialen Feld über geeignete Konzepte und Methoden für den Umgang mit Konflikten und schwierige Situationen verfügen. Dabei geht es nicht um eine Therapeutisierung oder Zwangsberatung von Rechten, sondern um die zivilgesellschaftliche, demokratisch begründete Auseinandersetzung.

### Die moralische Perspektive

Unserem Anspruch auf Anwendung und Durchsetzung der Menschenrechte, auf eine offene und diverse Gesellschaft, die sich durch eine Vielfalt von Lebensformen und Überzeugungen auszeichnet und daraus Gewinn zieht, die die Inklusion auch von Minderheiten zum Ziel hat, werden wir nicht gerecht, wenn wir „nazi-freie Städte“ wollen und gegen Menschen, die diese Überzeugungen vertreten, kämpfen<sup>1</sup>.

Wir beziehen und berufen uns ganz selbstverständlich auf die Allgemeinen Menschenrechte, die wir in gewisser Weise als unser „Glaubensbekenntnis“ verstehen. Hinter sie sind wir eigentlich ja nicht bereit zurückzugehen:

- Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen. (**Allg. Menschenrechte, Art. 1**)
- Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. (**Allg. Menschenrechte, Art. 2**)
- Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten. (**Allg. Menschenrechte, Art. 19**)

<sup>1</sup> Die Parole „Nazis raus!“ war in den 70er- und 80er-Jahren eine Reaktion auf die damals verbreitete Parole „Ausländer raus!“ der Rechtsradikalen; die moralisch scheinbar „saubere“ Forderung nach „nazi-freien“ Städten knüpft unübersehbar und unwidersprochen an die menschenverachtende Formulierung der „judenfreien Städte“ an.

- Ganz ähnliche Aussagen finden sich auch in unserem Grundgesetz:
- Die Würde des Menschen ist unantastbar [...]. (**Grundgesetz Art. 1**)
- Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. (**Grundgesetz Art. 3, Abs. 3**)
- Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. [...] Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre. (**Grundgesetz Art. 5, Abs. 1 und 2**)

Diese Grundannahmen stellen wir allen unseren weiteren Gesetzen und Handlungsmaximen voran – sie gelten bedingungslos und ohne Diskussion: darin liegt ihre besondere Bedeutung. An ihnen, so haben wir uns vorgenommen und selbst verpflichtet, orientieren wir unser Handeln und lassen wir uns messen, für sie treten wir ein. Solange diese Grundsätze eingehalten werden, brauchen wir sie nicht – aber dann, wenn sie verletzt werden, wollen wir uns daran erinnern (lassen) und wollen vor allem auch andere daran erinnern. Aus ihnen leiten wir weitere Maßstäbe ab, die für uns – in anderen Zusammenhängen – „eigentlich selbstverständlich“ sind:

- Für uns zählt jeder einzelne Mensch in seiner Individualität und Besonderheit, sein Recht auf Würde besteht unabhängig davon, was er tut oder getan hat.
- Wir sind für Vielfalt, Diversität, Offenheit – gegen Exklusion und Diskriminierung.
- Dem Recht auf Würde widerspricht, wenn wir Menschen ausschließlich als

Angehörige einer einzigen bestimmten Gruppe betrachten und sie mit den entsprechenden Stereotypen belegen.

- Die einzig akzeptable Form der Auseinandersetzung ist die des Dialogs. Gewalt, ob sprachlich oder physisch, ist nicht zulässig.

Wenn es um Meinungsfreiheit geht, berufen wir uns gerne auch auf Rosa Luxemburgs „Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ oder auf Voltaire, der gesagt haben soll: „Ich lehne ab, was Sie sagen, aber ich werde bis auf den Tod Ihr Recht verteidigen, es zu sagen.“

Wenn es jedoch darum geht, rechten Bewegungen ihr Recht auf ihre Meinung zuzugestehen, spüren wir fast unmittelbar heftigen inneren Widerstand und haben den Impuls, sofort mit „Ja, aber ... das geht doch nicht/ ... die anderen haben angefangen/ ... die wollen doch genau diese Regeln abschaffen, deswegen haben sie kein Recht auf diese Regeln“ zu reagieren – was nur zeigt, wie schwer es uns selbst fällt, diese Allgemeinen Menschenrechte tatsächlich für *alle* Menschen gelten zu lassen.

Eine Herausforderung stellt dabei sicherlich für uns auch der zweite Satz des Art. 1 der Allgemeinen Menschenrechte dar: *Alle [!] Menschen* „sind mit Vernunft und Gewissen begabt“ – diesen Satz wirklich ernst zu nehmen und z. B. auch auf Babys, Mörder, Menschen im Koma, Menschen mit Demenz oder eben Rechtsextreme anzuwenden, erscheint schlechterdings unvorstellbar. Auch wenn wir in anderen Kontexten gerade diese Annahme als bedingungslos und unveräußerbar zu verteidigen bereit sind.

Im Umgang mit „Rechten“ hebeln wir als engagierte BürgerInnen und als Gesellschaft unsere eigenen Grundsätze aus, hier lassen wir sie nicht mehr gelten, genügen unseren eigenen Ansprüchen nicht mehr. Damit werden wir unglaubwürdig – vor uns selbst ebenso wie vor anderen. Dabei hatten wir (bzw. unsere Vorfahren stellvertretend für uns) uns ursprünglich



auf die Menschenrechte verständigt, um sie genau dann heranzuziehen und uns auf sie zu berufen, wenn wir uns schwer tun, sie einzuhalten: gerade dann sollen sie uns erinnern, menschlich zu bleiben.

### **Die bürgerliche/zivile Perspektive**

Bereits in unserer Rolle als BürgerInnen dieses Staates und mit unserem Alltagsmenschensverständnis könnten wir erkennen, dass unsere Strategie nicht nur aus moralischen, sondern auch aus praktischen Gründen vermutlich nicht greift und auch nicht greifen kann.

Denn im Grunde wissen wir:

- Menschen, die Angst (ob berechtigt oder unberechtigt) haben, verlieren ihre Angst nicht dadurch, indem man ihnen sagt, dass diese Angst unberechtigt ist und es gar keinen Grund dafür gibt.
- Menschen ändern ihre Meinung eher dann gerade nicht, wenn sie diskriminiert oder lächerlich gemacht werden, wenn sie übergangen oder ignoriert werden.
- Menschen, die sich abgewertet und ausgeschlossen fühlen, „verhärten“ eher, sehen sich in ihrer Haltung eher bestätigt, als dass sie sie in Frage stellen.
- „Heimliche Sympathisanten“ von Rechten werden sich eher bestätigt sehen, wenn diejenigen, die sich trauen, ihre Meinungen zu äußern, von der herrschenden Mehrheit, von Politik und Medien, aber auch uns allen abwertend und diskriminierend behandelt werden.
- Wir könnten – selbst wenn wir es wünschen und es uns berechtigt erscheint – keine deutschen BürgerInnen oder gar Gruppen von ihnen aus unseren Städten und aus unserem Land exkludieren.

Die bestehenden Strategien werden erfolglos bleiben. So, wie wir – Politik, Medien, aber auch wir alle, jede/r Einzelne von uns – uns gegenüber „den Rechten“ verhalten, werden wir sie nicht

verhindern können. Weder können wir unerwünschte Mitbürger einfach exkludieren noch werden sie aufgrund der Art und Weise, wie wir mit ihnen umgehen, ihre Meinung ändern. Wahrscheinlicher wäre da noch (aber wer mag darauf hoffen), dass diese Meinungen „einfach von selbst“ verschwinden.

### **Unsere professionelle Perspektive**

Als SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, SozialwissenschaftlerInnen, ErzieherInnen und vor allem auch als SystemikerInnen könnten wir uns an das erinnern, was wir ohnehin wissen: dass Abwehr, Ausgrenzung, Ablehnung und Abwertung, dass Diskriminierung und Dämonisierung aller Voraussicht nach unwirksam sein werden. Als Fachleute für menschliche Kommunikation, für Konflikte und schwierige seelische, zwischenmenschliche und gesellschaftliche Prozesse wissen wir bzw. gehen wir in unserer Arbeit von Folgendem aus:

- Menschen, die Angst haben, benötigen Verständnis und Aufmerksamkeit, damit sie ihre Angst abbauen können.
- Menschen, die sich abgewertet fühlen, benötigen Zuwendung und Aufmerksamkeit, um zum Dialog bereit zu sein.
- Menschen müssen sich sicher fühlen, um sich sinnvoll und vernünftig verhalten zu können, um offen für die Auseinandersetzung mit anderen sein zu können.
- Dialog und verbale Auseinandersetzung sind nach unserem Verständnis in unserem Staat und in unserer Gesellschaft die akzeptablen Wege, um andere zu Veränderungen zu bewegen.
- Dialog meint: aufeinander zugehen, sich entgegenkommen, zuhören, den anderen ernstnehmen, Geduld zeigen, sich zeigen und sich zurücknehmen können, neben der Inhaltsebene auch eine Metaebene ebenso wie die Beziehungsebene in den Blick zu nehmen, und auch die Bereitschaft, den ande-

ren zu verstehen, die Fähigkeit, Kompromisse eingehen zu können.

- Gelegenheit zum Dialog zu schaffen heißt, auf den anderen zugehen, auch wenn dieser (noch) nicht bereit dazu zu sein scheint.
- Ansichten, Meinungen und Überzeugungen ändern sich nicht nur aufgrund von „besseren Argumenten“ (auch wenn wir das oft glauben), sondern es geht dabei immer auch um Gefühle, Atmosphäre, Stimmungen, also „nichtrationale“ Anteile. (Das gilt auch für uns selbst: wie andere Ansichten, Meinungen und Überzeugungen an uns herangetragen werden, beeinflusst uns in unserer Meinungsbildung mindestens so sehr, wie die Inhalte selbst. Auch wenn wir das gerne vernachlässigen.)

Als Experten für den Umgang mit Menschen vertreten wir normalerweise einen anderen fachlichen Anspruch als wir ihn im Umgang mit Rechtsextremen vertreten. Wir haben explizit andere Bilder vom Menschen. Wir wissen:

- Veränderungsprozesse benötigen mitunter sehr viel Zeit, Geduld, Ausdauer, Aufmerksamkeit und Vorarbeit, bevor sie überhaupt in Gang kommen.
- Von Rückschlägen und scheinbarem Stillstand brauchen wir uns nicht entmutigen zu lassen, wir können sie als Herausforderung begreifen (und können „Rückfälle“ auch als „Vorfälle“ verstehen).
- Wir selbst hatten auch nicht schon immer unsere heutige, uns „richtig“ erscheinenden Auffassungen. Wir verändern unsere Werte, was wir für richtig und falsch halten, ständig. Vor zwanzig oder dreißig Jahren hatten auch wir ganz andere Wertvorstellungen und Ansichten – und haben sie verändert, selbst wenn sie uns damals absolut richtig und unveränderbar erschienen.
- Wir können zwischen den Menschen einerseits und ihrem Verhalten (dazu



zählt auch das Denken) und Meinungen andererseits unterscheiden. Mit dieser Unterscheidung ist es uns möglich, Menschen selbst dann zu akzeptieren, d.h. ernstzunehmen und mit ihnen zu arbeiten, wenn sie abscheuliche Dinge getan haben oder gefährliche, menschenfeindliche Ansichten vertreten.

- In Konfliktfällen verfügt jede/r der Beteiligten (einschließlich der scheinbar unbeteiligten Dritten) über Möglichkeiten, zu einer Entschärfung und Deeskalation beizutragen (und dass Vorwürfe wie „der andere hat angefangen“ oder „der andere will ja nicht“ zwar verständlich, aber alles andere als hilfreich sind, wenn Veränderung tatsächlich gewünscht wird).

Als SystemikerInnen gehen wir zudem noch von einigen Grundannahmen aus, die sich in vielen Situationen als nützlich erwiesen haben:

- Menschen sind autonom und eigenständig – d.h. sie stellen selbst Sinn her und wollen und sollen und dürfen (im Rahmen der Gesetze) selbst entscheiden, was für sie richtig ist. Sie sind die ExpertInnen für ihr Leben – und dürfen das sein.
- Menschen haben aus ihrer Sicht gute Gründe für das, was sie tun (und denken), d.h. Menschen sind nicht an sich „böse“ oder „schlecht“. Sie wählen unter den ihnen erkennbaren Alternativen jeweils die ihnen aktuell als die beste erscheinende aus (d.h. sie handeln nicht aus Bosheit, sondern aus Überzeugung).
- Menschen verändern sich ständig – d.h. wir alle (sowohl „die“ als auch im Übrigen „wir“) sind ununterbrochen in Veränderungsprozesse eingebunden: unser Verhalten, unsere Werte, unsere Ansichten und Meinungen, die Zellen unseres Körpers – alles von uns unterliegt permanenter Veränderung, und damit auch unsere gesamte Persönlichkeit.
- Kleine Veränderungen können größere Veränderungen bewirken: es könn-

te sich lohnen, Veränderungen selbst dann anzustoßen, wenn wir annehmen, dass sich zunächst wenig oder fast nichts verändern wird.

Alle diese Annahmen könnten wir auch auf „die Rechten“ und unseren Umgang mit ihnen anwenden, wenn wir es denn wollten. Und wenn wir konsequent „systemisch“ denken würden. Allerdings scheint sich, das spüren wir alle, etwas in uns zu sperren.

#### **Prämissen, mit denen wir uns im Weg stehen**

Wir wollen die Rechten „weg“ bzw. „raus“ haben – und können zugleich die Absurdität dieses Zieles erkennen. Wir wissen und können erkennen, dass die gegenwärtigen Strategien mehr oder weniger erfolglos bleiben werden. Gleichzeitig fällt es uns schwer, uns von den unseren ganz „natürlich“ erscheinenden Positionen und Grundsätzen zu trennen, die wir inzwischen zum gesellschaftlichen Konsens gemacht haben, und die uns hindern, andere Positionen einzunehmen:

- Mit denen *darf* man nicht reden!
- Mit denen *kann* man nicht reden (und die wollen das auch gar nicht)!
- Die ändern sich sowieso nicht!
- Mit denen darf man keine Kompromisse eingehen.
- Die sind alle gleich!
- Wir wissen, wie die sind, was sie wollen!
- Wir haben Recht. Die sind im Unrecht!

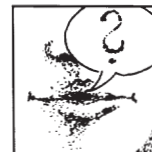
An diesen Prämissen glauben wir festhalten zu müssen, auch wenn wir damit unsere eigenen Ansprüche an Menschenrechte verletzen und es wider unsere (fachliche) Vernunft ist. Dafür nehmen wir in Kauf, dass wir Menschen mit stark abweichenden politischen Überzeugungen abwerten, verunglimpfen, beschimpfen und ausschließen. Dafür nehmen wir auch in Kauf, dass wir in unserem Kampf gegen rechte Entwicklungen erfolglos sein werden.

## 4. Eine Frage der Haltung

Wenn wir doch einen anderen Weg versuchen wollten, der unseren moralischen und fachlichen Ansprüchen eher gerecht würde, so könnte es sinnvoll sein, wenn wir uns mit unserer Haltung befassen und zunächst bemühen, unsere Einstellung gegenüber „den Rechten“ zu ändern. Das, was wir uns von ihnen wünschen würden (dass sie ihre Haltung gegenüber „Fremden“ diametral verändern und beginnen, diese als Menschen von gleichem Wert wahrzunehmen), könnten wir damit zunächst für uns selbst anwenden. Das ist nicht unbedingt einfach und benötigt manchmal längere Übung, Ausdauer und Hartnäckigkeit.

Wir könnten beginnen, unsere Haltung gegenüber „den Rechten“ ein wenig zu ändern, indem wir z. B.

- uns daran erinnern, dass es „*die*“ Rechten ja gar nicht gibt, dass dies lauter einzelne Menschen sind, individuelle Persönlichkeiten, die sich natürlich alle voneinander unterscheiden – wir könnten uns neugierig darauf machen, diese Unterschiede zu erkennen,
- unterstellen, dass jeder von ihnen „gute Gründe“ hat für seine Überzeugungen – und wir uns überlegen, welche guten Gründe dies sein könnten (und uns dabei etwas Mühe geben, etwa indem wir nach mindestens 20 oder 40 oder 60 möglichen guten Gründen suchen), bzw. dass wir überhaupt nach Erklärungen suchen für diese Positionen anstatt nur – ja, was eigentlich: Bosheit? Dummheit? Unmenschlichkeit? – zu unterstellen,
- nach Ressourcen, nach Stärken, Fähigkeiten und Kompetenzen suchen, die wir in dem Verhalten dieser Menschen (auch dem unerwünschten) erkennen können – so wie wir dies ja bei anderen Menschen auch machen,
- statt abwertenden oder verunglimpfenden Bewertungen von Verhalten nach positiven Deutungen (die auch



nicht die Wahrheit beschreiben, aber ebenso möglich sind) suchen:

- „Wir sind das Volk“ können wir auch verstehen als „Wir wollen auch gehört werden“,
- „Lügenpresse“ als Klage über die (zweifelsohne) schlechte Behandlung durch die Presse,
- „Wir sind das Pack“ als humorvolle Reaktion auf eine Unverschämtheit,
- die gesamte Bewegung als Ausdruck einer politisch interessierten und aktiven Gruppierung zu verstehen, als eine Sammlung von Menschen, die etwas bewegen wollen – auch wenn das, was sie wollen, unseren Zielen genau widerspricht.
- akzeptieren, dass nicht jeder in seiner moralischen und intellektuellen Entwicklung „schon so weit“ ist wie wir – was, so arrogant es wirkt und vielleicht auch ist, uns helfen könnte zu sehen, dass auch wir nicht schon immer so divers, menschenfreundlich und akzeptierend gedacht und gefühlt haben wie heute, und dass andere vielleicht nur etwas mehr Zeit, Gelegenheiten und freundliche Anleitungen benötigen, um zu ähnlichen Einsichten zu kommen (auch wir „wollten“ nicht unsere Werte aus eigener Überzeugung ändern, sondern taten dies in sozialen Bezügen und manchmal unter einem gewissen sozialen Zwang),
- nach Gemeinsamkeiten mit diesen Menschen suchen statt nach Gegensätzen – wo können wir sie verstehen? Wo sind wir gleich, wo haben wir ähnliche Interessen?
- uns daran erinnern, dass es nicht darum geht, die politischen Ansichten zu übernehmen, sondern diejenigen, die diese vertreten, als Menschen, als Individuen mit einer persönlichen Geschichte und einer eigenen Überzeugung zu sehen.

Soweit einige wenige, erste Vorschläge als Beispiele, wie wir es angehen könn-

ten, uns selbst einen anderen Zugang zu „den Rechten“ zu schaffen. Die eigene Einstellung ändern zu wollen, bedeutet, eine andere Sichtweise einzuüben, sich selbst davon zu überzeugen, dass auch eine andere Perspektive möglich wäre. Wir könnten bei diesem Versuch an uns selbst erleben, wie schwierig so eine Einstellungsänderung sein kann, wie herausfordernd es ist, die eigene Überzeugung zu verlassen – und zugleich erfahren, dass so etwas möglich ist, auch wenn es einen starken Willen und u.U. sehr viel Geduld verlangt.

So schwer es uns fällt, einen anderen Zugang zu „den Rechten“ zu entwickeln, so gibt es doch eine Reihe von Gründen, die uns dazu ermutigen können: die Überzeugung, dass die bisherigen Strategien eher kontraproduktiv sind, die Erkenntnis, dass wir in unserem Einsatz für die Menschenrechte (vor uns selbst und vor anderen) unglaubwürdig werden, wenn wir einzelne Gruppen ausschließen, und schließlich unser Alltags- wie auch professionelles Wissen zu menschlicher Kommunikation und dem Umgang mit Konflikten.

## 5. Dialoge

Als Professionelle im psychosozialen Bereich und als SystemikerInnen hätten wir das Zeug dazu, wie wir uns und unsere Gesellschaft zu einem anderen, wirkungsvolleren Umgang mit „den Rechten“ bewegen könnten. Wir verfügen über Theorien, Methoden und Haltungen sowie über „Techniken“, wie wir die nützlichen Haltungen einnehmen können, um einen konstruktiven Umgang mit „den Rechten“ zu finden.

Wer sich für die (Menschen-)Rechte von Minderheiten oder von mit Exklusion bedrohte Menschen einsetzt, gerät manchmal in den „Verdacht“, selbst einer „von denen“ zu sein. Meine Motive sind andere: Mir geht es darum, dass wir uns die Chance eröffnen, zwischen den „verfeindeten“ Gruppen wieder miteinander ins

Gespräch zu kommen, um uns auch als Partner und nicht nur als Gegner zu erleben, um herauszufinden, wo – bei allen Unterschieden, Gegensätzen und Unvereinbarkeiten – unsere gemeinsamen Ziele liegen und wie wir Konflikte konstruktiver angehen können. Um Veränderung ein wenig wahrscheinlicher zu machen.

„Es gibt immer mindestens sieben Möglichkeiten“ ist eine hilfreiche systemische Leitidee. Hier aber, für den gesellschaftlichen und auch den individuellen Umgang mit Rechten, wäre ich fast versucht zu sagen, dass der Dialog „alternativlos“ ist, solange wir an unseren Grundwerten festhalten und gleichzeitig wirksam etwas gegen die rechten Bewegungen unternehmen wollen: Selbst wenn wir *gegen* sie arbeiten wollen, sollten wir dennoch *mit* ihnen auf Augenhöhe reden. Und wie immer in echten Dialogen müssten wir damit rechnen, dass sich *alle* Beteiligten, also auch wir, dabei mit der Zeit ändern.

Wenn wir uns um Dialoge auf Augenhöhe bemühen, könnten wir mit der Zeit erkennen, dass „sie“ genau wie „wir“ Menschen sind – Menschen, die in einigen wesentlichen Punkten vollkommen andere Ansichten, Vorstellungen und Ziele haben als wir, und die dennoch Menschen sind wie wir. Womit die scheinbar unüberbrückbare Unterscheidung in „die“ und „wir“ hinfällig wird. Möglicherweise könnten wir sie in manchen Aspekten sogar verstehen – selbst wenn wir ihre Meinung nicht billigen – und vielleicht ängstigt uns andererseits genau dies: dass wir uns gar nicht so sehr unterscheiden.

Und wenn wir uns um Dialoge bemühen, schließt dies nicht aus, dass wir mit den Opfern rechter Gewalt solidarisch sind und dies auch zeigen; Wenn wir deutlich machen, dass wir anderer Meinung sind, dass wir Gewalt verurteilen und dies auch öffentlich kundtun. Aber eben vielleicht auf eine Weise, die dennoch die Tür zum Dialog offenhält und die Chancen für Veränderung nicht vermindert.

Ich erinnere an meine „konstruktivistische Klausel“ zu Beginn dieses Textes: „Ich möchte gar nicht behaupten, dass ich Recht habe.“ Tatsächlich bin ich mir nicht sicher, zweifle manchmal selbst und weiß nicht, ob dies der richtige Ansatz ist. Vielleicht ist es aber eine von mehreren Möglichkeiten, die wir haben, um etwas für unsere Gesellschaft zu tun, um uns einzumischen. Ich würde jedenfalls gerne eine Diskussion dazu führen.

### Abstract

„Nazis out!“ „Get away!“ *Dealing with humans and rights in a systemic way*

*We experience the ongoing rise of right-wing movements in Germany like AfD, Pegida and neo-Nazism as something threatening. It seems that our habitual strategies like exclusion and degradation are ineffective. As experts for systemic thinking and acting, and as citizens of our society we should rather include the right-wing extremists and take them seriously: we should engage in an actual dialogue with them – even though this may seem counter-intuitive.*

### Anschrift des Autors

Johannes Herwig-Lempp  
Ammendorfer Weg 115  
06128 Halle  
johannes@herwig-lempp.de  
www.herwig-lempp.de

### Kurzbiografie

Johannes Herwig-Lempp, Diplom-Sozialpädagoge, Professor an der Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit/Medien/Kultur, Schwerpunkte Systemische Sozialarbeit, Teamarbeit, Jugendamt. Leiter des ersten deutschen Masterstudiengangs Systemische Sozialarbeit. Systemischer Sozialarbeiter (DGsP), Fortbilder, Supervisor

## Systemische Interventionen bei ADHS

Doris Reveland / Jana Bastian

### Tricky Teens

Ressourcenorientiertes Gruppentraining für Jugendliche mit ADHS

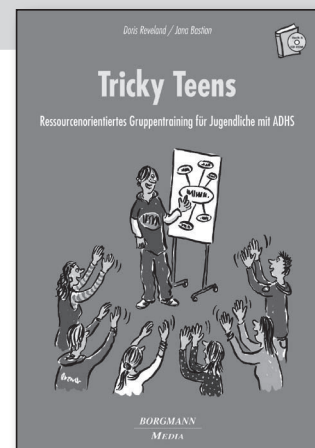
„Dieses Buch wartet gleich mit drei renommierten Vorwortschreibern auf: Kurt Ludewig, Manfred Vogt und Filip Caby. Ihnen gemeinsam ist die Betonung des auf Ressourcen und Kompetenzen ausgerichteten Trainings, in dem Kinder und Jugendliche mit der Ressource ADHS Konzentration und Selbstwirksamkeit erleben und erfahren können.“

Das für die Sitzungen aufbereitete Material ist aufwendig und schön gestaltet, auch für Jugendliche ansprechend, die Informationen über ADHS sind anschaulich, verständlich und zur Selbstwahrnehmung anregend: z. B. der Selbstcheck, wie Lernblockaden entstehen können und wie man aus dem Kreislauf wieder aussteigen kann. Es werden viele Möglichkeiten vorgestellt, wie Kinder und Jugendliche eigene gute Erfahrungen mit Lernen und Konzentrieren, aber auch mit Kritisieren und Kritik-Annehmen machen können.

Eine konsequente Orientierung an Ressourcen und Kompetenzen und die Förderung von Selbstwirksamkeitserlebnissen gerade in Bereichen, in denen Kinder und Jugendliche viele Frustrationen machen, durchzieht die gesamte Sitzungsreihe und das ganze Buch.

Das DIN-A4-formatige Buch und die CD mit den Kopiervorlagen, mit Titelbild und Zeichnungen von Bettina Bexte, Karin Baum und Claire le Touzé, sind eine Quelle für alle, die mit Kindern und Jugendlichen mit der Ressource ADHS zu tun haben. Schön gemacht!“ Cornelia Tsrigotis, systema

2012, 216 S., Format DIN A4, Beigabe: Vorlagen auf CD-ROM, Klappenbroschur | ISBN 978-3-938187-90-6 | Bestell-Nr. 9437 | 24,95 Euro



**BORGSMANN MEDIA**

 verlag modernes lernen  borgsmann publishing

Schleefstraße 14, D-44287 Dortmund  
Telefon 0231 128008, Fax 0231 125640  
Leseprobe + Bestellen im Internet:  
[www.verlag-modernes-lernen.de](http://www.verlag-modernes-lernen.de)





# Zeitschrift für systemische Therapie und Beratung

2 / 2017

## **Einstehen wofür? Systemisch zwischen wertebewusst und allparteilich**

- Lothar Eder  
Du sollst Vater und Mutter ehren – Gedanken zum persönlichen Wachstum im Spannungsfeld der „bezogenen Individuation“
- Johannes Herwig-Lempp  
„Nazis raus! Haut ab!“? – Zum systemischen Umgang mit Menschen und Rechten
- Tom Levold  
All You Need is Love. Ein Kommentar zu Johannes Herwig-Lempps Beitrag

- Wolfgang Loth  
„Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ – Überlegungen zum Beitrag von Johannes Herwig-Lempp
  - Cornelia Oestereich  
Neugier, Respekt und Neutralität – Systemische Haltung in Wertediskussionen
  - Jürgen Hargens  
Neutralität und Allparteilichkeit oder: Was hat denn das mit Haltung zu tun?
- Aus systemischer Praxis**
- Ingo Spitzcok von Brisinski  
Ansätze in der systemischen Therapie von ADHS – Teil 2: Interventionen

35. Jahrgang | April 2017 | ISSN 1866-9875